ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE 11.08.2020 | Laura-Kristine Krause

Wir gegen die

In Ländern wie den USA und Polen ist die Gesellschaft in zwei unversöhnliche Lager gespalten. Steht das Deutschland ebenfalls bevor?

Polarisierung, gesellschaftliche Spaltung, Populismus – der Zustand der deutschen Gesellschaft treibt politische Akteure genauso wie viele Bürgerinnen und Bürger seit geraumer Zeit um. Populistische Wahlerfolge und die für das hiesige Parteiensystem rasante Etablierung einer neuen Partei (der AfD) in allen nennenswerten Parlamenten, körperliche wie verbale Angriffe auf Politikerinnen und Politiker von der Bundes- bis in die Kommunalpolitik, der Anstieg rassistischer Straftaten, der schärfere gesellschaftliche Ton (sowohl in den sozialen Medien als auch „offline“) – all das wirft die Frage auf, wie polarisiert Deutschland eigentlich ist. Befinden wir uns auf demselben Weg wie die USA, Polen oder Großbritannien? Zeichnet sich auch hier eine Spaltung in „wir gegen die“, in unversöhnliche Meinungslager ab?

Die Antwort ist ein seufzendes „Nein, noch nicht“. Denn in Deutschland hat die gesellschaftliche Dynamik noch nicht die gleiche Qualität erreicht wie in anderen westlichen Ländern: Weder ist die Gesellschaft so tiefgreifend in allen Lebensbereichen polarisiert wie die US-amerikanische, in der nahezu alle Sachfragen entlang ideologischer Gräben diskutiert werden und Freundeskreise, Familien und Beziehungen unter Kollegen nicht mehr frei von politischen Konflikten sind. Ebenso ist die Bundesrepublik politisch und gesellschaftlich nicht so blockiert wie Großbritannien oder muss sich die deutsche Bevölkerung nicht in einem fast vollständig neu „sortierten“ politischen Gemeinwesen zurechtfinden, wie die Menschen in Frankreich, wo die altbekannte Parteienlandschaft innerhalb weniger Jahre nahezu verschwunden ist. Zudem sind die meisten Menschen hierzulande davon überzeugt, dass es für die Zukunft vor allem wichtig ist, trotz unterschiedlicher Ansichten zusammenzuhalten.

Das zeugt eigentlich von einem realistischen Verständnis gesellschaftlichen Zusammenhalts – es geht nicht um einen Zustand, in dem sich immer alle lieb haben, sondern um die Bereitschaft, in einer pluralistischen Gesellschaft auch ein Stück weit Differenzen auszuhalten.

In Deutschland hat die gesellschaftliche Dynamik noch nicht die gleiche Qualität erreicht wie in anderen westlichen Ländern: Weder ist die Gesellschaft so tiefgreifend in allen Lebensbereichen polarisiert wie die US-amerikanische noch ist Deutschland politisch und gesellschaftlich blockiert wie Großbritannien.

Und doch ist die deutsche Gesellschaft nicht in einem Zustand, in dem man sich ausruhen könnte. Denn viele der „Zutaten" für in anderen Ländern beobachtbare Entwicklungen sind eben auch in Deutschland vorhanden – und treffen auf eine gesellschaftliche Dynamik, die für Deutschland keine Spaltung in zwei unversöhnliche Lager darstellt, sondern eine Dreiteilung der Gesellschaft.

Insgesamt hat unsere Forschung bei More in Common in Deutschland sechs gesellschaftliche Typen identifiziert (die Offenen, die Involvierten, die Etablierten, die Pragmatischen, die Enttäuschten und die Wütenden), die allesamt unterschiedlich auf Gesellschaft blicken. Keiner hat eine gesellschaftliche Mehrheit, d.h. der Zusammenhalt kann letztlich nur gelingen, wenn verschiedene Typen, also Menschen mit sehr unterschiedlichen Ausgangsperspektiven miteinander zurechtkommen. Mit dieser Betrachtungsweise rücken auf einmal nicht mehr unterschiedliche Meinungen in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte, sondern die Tatsache, dass Menschen in Deutschland Gesellschaft sehr unterschiedlich erleben und sowohl politisch als auch sozial unterschiedlich gut in sie eingebunden sind.

Denn jeweils zwei der sechs Typen in unserer Gesellschaft nehmen ähnliche „Rollen" ein: So sind die gesellschaftlichen Stabilisatoren (die Involvierten und die Etablierten) gut in die Gesellschaft eingebunden, mit der Demokratie wesentlich zufriedener als andere und gehören zu denjenigen, die Politikern noch überwiegend vertrauen. Die gesellschaftlichen Pole (die Offenen und die Wütenden) erhalten viel öffentliche Aufmerksamkeit und sie haben deutliche (wenn auch sehr unterschiedliche) Vorstellungen davon, wie Gesellschaft gestaltet werden sollte. Die Wütenden lehnen dabei das politische System in seiner aktuellen Form ab und misstrauen politischen Eliten.

All das gilt nicht für das unsichtbare Drittel (die Enttäuschten und die Pragmatischen), die dritte und vielleicht ungewöhnlichste gesellschaftliche Rolle, die wir identifiziert haben. Die Unsichtbaren sind sozial schlechter eingebunden als andere, häufiger einsam und verspüren die größte Distanz zum politischen System. Sie vertrauen politischen

Akteuren und weiteren staatlichen Instanzen weniger als andere, und so verwundert es nicht, dass mehr als die Hälfte der Nichtwählerinnen und Nichtwähler aus dem unsichtbaren Drittel kommt. Auch für zivilgesellschaftliche Arbeit ist das unsichtbare Drittel (u.a. aufgrund des niedrigeren Interesses für Politik) weniger gut greifbar.

Die Sichtweisen und Perspektiven der Enttäuschten und Pragmatischen fließen derzeit nur unzureichend in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs ein – sie sind de facto unsichtbar in unserer gesellschaftlichen Debatte.

Aus dieser Gesamtlage ergibt sich, dass die Sichtweisen und Perspektiven der Enttäuschten und Pragmatischen derzeit nur unzureichend in den (gesellschaftlichen und politischen) Diskurs einfließen – sie sind de facto unsichtbar in unserer Debatte. Das ist problematisch, denn die Pragmatischen haben den mit Abstand höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund und die Enttäuschten den niedrigsten sozialen Status. Ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen muss jedoch in der Lage sein, sehr unterschiedliche und möglichst alle Menschen in einer Gesellschaft zu erreichen – und von ihnen zu hören. Das ist aktuell nicht der Fall.

Will man Polarisierung in Deutschland also tatsächlich etwas entgegensetzen, ist die bessere gesellschaftliche und politische Einbindung des unsichtbaren Drittels ein guter Anfang. Außerdem sollte eine Grundbedingung des guten Zusammenlebens gestärkt werden: Vertrauen. Aus privaten Kontexten weiß man: Ist Vertrauen einmal verloren, braucht es enorm viel Zeit und Mühe, es wiederzuerlangen. Genau dieser Einsatz scheint aber aktuell gesellschaftlich nötig, denn wir haben es mit einer mindestens doppelten Vertrauenskrise zu tun: einer Vertrauenskrise in die Demokratie und ihre Institutionen sowie einer zwischen den Menschen.

Nur knapp die Hälfte der Menschen in Deutschland ist derzeit zufrieden mit der Art und Weise wie die Demokratie funktioniert und die wenigsten Bürgerinnen und Bürger vertrauen den politischen Institutionen. Dahinter verbirgt sich tatsächlich eine umfassende und vor allem äußerst grundsätzliche Kritik am politischen Betrieb. So beklagen im Jahr 2019 breite Mehrheiten, dass sich „die Politik“ weder zureichend für ihre Meinung noch für die wichtigen Zukunftsprobleme des Landes interessiere. Diese (empfundene) Unzulänglichkeit bedroht die Legitimation des politischen Systems.

Gleichzeitig leidet die gesellschaftliche Substanz unter den Menschen – nur 39 Prozent der Befragten geben an, dass man den meisten Menschen

vertrauen kann, knapp ein Drittel der Bevölkerung fühlt sich nicht angemessen respektiert und wertgeschätzt. In Forschungsgesprächen berichten viele Befragte von einem gesamtgesellschaftlich grassierenden Egoismus, der pauschale Vertrauensvorschüsse in die Mitmenschen zusehends erschwere.

Deutliche Mehrheiten in Deutschland hadern mit dem gesellschaftlichen „Grundton", der ihnen zunehmend zu rau wird. Dies gilt insbesondere für den politischen Diskurs, den drei Viertel der Menschen als zunehmend hasserfüllt einschätzen.

Hinzu kommt, dass deutliche Mehrheiten in Deutschland mit dem gesellschaftlichen „Grundton" hadern, der ihnen zunehmend zu rau wird. Dies gilt insbesondere für den politischen Diskurs, den drei Viertel der Menschen als zunehmend hasserfüllt einschätzen. Ein ähnlich hoher Anteil (73 Prozent) fürchtet in diesem Kontext, Meinungen nicht mehr frei äußern zu können, ohne unmittelbar persönlich angegriffen zu werden. Außerdem vertrauen über 80 Prozent der Menschen am meisten ihrem persönlichen Umfeld für das Erlangen von Informationen; Journalisten und Politik wird deutlich weniger vertraut. Es gehen also auch gemeinsame Informationsräume verloren.

Der Faktor Misstrauen schädigt also den Zusammenhalt in der Bundesrepublik sowohl auf politischer als auch zwischenmenschlicher Ebene. Vertrauen – in Normen, in Regeln und in unsere Mitmenschen – ist ein zentraler Bindestoff von Gesellschaft, der auch kurz- und mittelfristige Unzufriedenheiten kompensieren kann. Vertrauen zu stärken ist also auch wichtig für die Stärkung der Widerstandskraft von Demokratie – und müsste angesichts der Vertrauenskrise auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens viel stärker in den Fokus rücken.

Die gute Nachricht ist, dass jede und jeder im eigenen Umfeld den Handlungsspielraum hat, Vertrauensaufbau zu anderen Menschen zu fördern und durch Wahrhaftigkeit und Verlässlichkeit einen kleinen Beitrag zu diesem Bindestoff zu leisten. Noch mehr gilt dies außerdem für politische Akteure, denn sie können Vertrauen stiften (oder in Mitleidenschaft ziehen), wann immer sie agieren: durch Verlässlichkeit von Entscheidungen und Prozessen (oder verspielen, durch taktische Manöver) und auch durch eine aufrichtig-kritische Reflexion des demokratischen Prozesses.

Als vertrauensstärkende Maßnahme kann es zudem lohnen, sich ab und an zu erinnern, was eigentlich noch ganz gut funktioniert in dieser bundesrepublikanischen Demokratie, bei aller Ungeduld mit

gesellschaftlichem Fortschritt, den der eine oder die andere zu Recht verspüren mag. Denn die Wertschätzung des politischen Kompromisses, Respekt unter handelnden Akteuren verschiedener Parteien trotz unterschiedlicher Meinung in der Sache und eine Medienlandschaft, die nicht entlang schnurgerader politischer Trennlinien sortiert ist – das alles sind Stärken dieser Demokratie, die es zu bewahren gilt und keine Selbstverständlichkeiten. Wie dann wiederum der Blick ins Ausland zeigt.



Laura-Kristine Krause
Berlin

Laura-Kristine Krause ist Mitinitiatorin von SPD++. Sie ist Co-Vorsitzende von D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt und Fellow der Transatlantic Digital Debates 2017. Sie studierte Politik- und Staatswissenschaften in Passau, Berlin und Seattle und publiziert zu Digitalpolitik, Parteireform und Frauen in der Politik.